



Protokoll

34. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 24. Juni 2013, 18.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Sekundarstufe betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012
(Antrag Nr. 164/2013)
- 4 Anträge des Stadtrates betreffend NPM-Jahresbericht 2012 und Jahresrechnung 2012 der
Stadt Uster
(Anträge Nr. 156/2013 und 166/2013)
 - 4.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder inkl. Investitionen
 - 4.2 Behandlung der Geschäftsfelder
 - LA Parlamentarische Dienste
 - GF Steuerung und Führung
 - GF Bürgerrecht und Dienste
 - GF Kultur
 - GF Finanzen
 - GF Liegenschaften
 - GF Infrastrukturbau und Unterhalt
 - GF Stadtraum und Natur
 - GF Hochbau und Vermessung
 - GF Koordination Bildung
 - GF Sicherheit
 - GF Publikumsdienst
 - GF Soziale Sicherheit
 - GF Gesundheit
 - GF Betreutes Wohnen
 - GF Sport
 - GF Sozialhilfe
 - GF Primarschule

- 6 Postulat 573 von Jürg Göskén und Ursula R  ftlin betreffend
«Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen»
- 7 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend «Die Stadt Uster entrichtet nachstehende
kommunale Förderbeiträge für Elektrozweiräder»

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Jean-François Rossier Markus Wanner Marco Järmann
Unentschuldigt	
Verspätet:	Rolf Denzler (ab Traktandum 4.1, Fraktionsmeldungen) Anita Borer (ab Traktandum 4.1, Fraktionsmeldungen) Balthasar Thalmann (ab Traktandum 4.1) Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung (ab Traktandum 4.1)
Presse	Christian Brüttsch, AvU Stefan Hotz, NZZ

Die Präsidentin begrüsst die Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Werner Kessler

Uster, 23. Juni 2013

Persönliche Erklärung

*Werte Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Damen und Herren*

Mit Wohlwollen habe ich die Huldigungen zum Abstimmungssieg der schlaue Ustermerinnen und Ustermer über Tage hinweg entgegen genommen. Über 10 Jahre Kampf und Unverdrossenheit haben sich schlussendlich ausgezahlt. Zudem war ich immer überzeugt, dass meine Chance kommt, dass ich dem Volk Gelegenheit geben kann, in irgendeiner Weise darüber abzustimmen, ob es die Rostlaube will oder nicht. Das Volk hat jetzt mit über 60% ganz klar nein zu dieser Rostlaube gesagt. Dass die Befürworter im Nachhinein die Surferwiese wieder ins Spiel bringen, nehme ich jetzt mal mit einem ermüdenden Lächeln zur Kenntnis.

Ärgerlich finde ich aber die Kosten, die sich angehäuft haben von Rechtsanwälten und Gerichten und den Betrag von allen Beteiligten von Fr. 500 000.— wohl überschreiten wird. Dazu hat die Stadt Uster notabene auch noch mit Steuergeld gegen uns prozessiert. Dieser Betrag sollte nach dieser verlorenen Abstimmung von den Beteiligten eigentlich wieder in die Stadtkasse fliesen, zudem sind immer noch die Fr. 90 000.— Kredit offen, was auch noch ein Nachspiel haben wird.

Dass die Mehrheit der Ustermerinnen und Ustermer ganz klar ein Seerestaurant mit Selbstbedienungsbereich am Standort Seekiosk wünscht, ist unbestritten. Dieser Abstimmungssieg gibt mir weiteren Schub, mich für dieses Seerestaurant einzusetzen. Dazu ist es aber nötig, dass wir uns mit der Stadt und dem Kanton an einem runden Tisch treffen, um Möglichkeiten zu diskutieren.

1 Mitteilungen

Verweis auf die Aktenaufgabe.

Um ca. 20 Uhr eine kleine Pause für die Zwischenverpflegung.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 33. Sitzung des Gemeinderates vom 27. Mai 2013 ist rechtzeitig aufgelegt.
Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Sekundarstufe betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 (Antrag Nr. 164/2013)

Für die Kommission Bildung und Kultur und Rechnungsprüfungskommission referiert **Claudia Wyssen**.

KBK zur Jahresrechnung 2012 der Sekundarschule Uster

Die KBK hat am 10. Juni 2013 die Jahresrechnung und 2012 der Sekundarschule Uster beraten.

Die Jahresrechnung 2012 der Sekundarschule ist geprägt durch die BVK-Rückstellungen. Sie haben dem Rechnungsergebnis des Jahres 2012 zugesetzt. Da im Budget 2013 keine Rückstellungen berücksichtigt worden sind, wird sich das Ergebnis dementsprechend nicht verbessern. Ab 2013 erfolgt eine jährliche Auflösung in Höhe von 2,5% (analog der Stadt Uster).

Bei der Verwaltung und politischen Führung – die Abweichung beträgt CHF -45'000 - konnten durch den Wechsel der Leitung Schulverwaltung Lohnkosten eingespart werden. Zudem konnte die Besetzung der Controllingstelle später als geplant umgesetzt werden.

Beim Unterricht – die Abweichung beträgt total CHF 1'263'000 – sind die Mehrkosten begründet durch neue Lehrpersonen, einen längeren Krankheitsfall und dem damit verbundenen Ersatz und Ersatzlehrpersonen in höheren Lohnstufen. Dies machte 564'000 Franken aus. Zudem fielen Mehrkosten bei den kantonalen Vikariatskosten an. Bei den kommunalen Vikariatskosten konnten dafür CHF 120'00 eingespart werden. Der grösste Teil mit CHF 728'000 machte jedoch die BVK-Rückstellung aus.

Bei den übrigen Angeboten – der Betrag lautet CHF 135'000, kommt die Abweichung durch weniger Schulreisen und Klassenlager, weniger Langzeitgymnasiasten und niedrigere Schulgelder an die BWS aufgrund von weniger Ustermer Schülern zustande.

Bei den Sonderpädagogischen Angeboten beträgt die Abweichung CHF 231'000. Dies da mehr Schüler als budgetiert separat beschult werden mussten. Einsparungen gab es dagegen bei den Stütz-, Förder- und sonderpädagogischen Massnahmen. Der Bedarf ist hier sehr variabel.

*Bei der BWS (Abweichung CHF 206'000) und der KUSS (Abweichung CHF 71'000) kommt die grösste Abweichung durch die BVK-Sanierungsrückstellung zustande.
Bei den Liegenschaften kommt die Abweichung von CHF 29'000 durch eine Flachdachsanierung zustande.*

Die nicht ausgeführten Investitionen beziehen sich auf die Sanierung des Schulhauses Weidli und das Projekt „Schulhaus Weidli HPSU“. Bei beiden gab es Verzögerungen, was zu einer Verschiebung bei den Investitionen führte. Zudem war beim Projekt Pavillon Weidli das Projekt grösser, als schliesslich realisiert wurde.

Aus der Diskussion der RPK gibt es keine Bemerkungen, das RPK-Referat entfällt aus diesem Grund.

KBK, Claudia Wyssen

Wortmeldungen aus den Fraktionen

Ursi Räuftlin

Jahresrechnung der Sekundarstufe Uster 2012

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
geschätzte Anwesende*

Die Sekundarschule legt uns hier eine Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2.05 Mio. vor und schliesst damit deutlich schlechter ab als angenommen. Ohne die vorzeitige Rückstellung für die BVK-Sanierung im Umfang von 1.5 Mio. wäre allerdings das budgetierte Minus von CHF 490'000 fast punktgenau erreicht worden. Der Sekundarschule kann demnach eine insgesamt gute Kostenkontrolle attestiert werden.

Mit einem Nettovermögen von CHF 6.5 Mio. und keinen verzinsbaren Schulden weist die Sekundarschule ein gutes Fundament für die anstehenden Investitionen und den gesenkten Steuerfuss auf. Diese sehr gute finanzielle Ausgangslage der Sekundarschulgemeinde kann die per 2013 erfolgte Steuerfussenkung um 1 % für einige Jahre durchaus verkraften.

Die GLP-EVP-CVP-Fraktion nimmt zudem erfreut zur Kenntnis, dass in der Sekundarschule Uster die Aufwendungen pro Schüler leicht unter dem Mittelwert anderer Schulgemeinden liegen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 29 : 0 Stimmen**

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 der Sekundarstufe Uster (Antrag Nr. 164/2013) wird gutgeheissen.

**4 Anträge des Stadtrates betreffend NPM-Jahresbericht 2012 und Jahresrechnung 2012 der Stadt Uster
(Anträge Nr. 156/2013 und 166/2013)**

4.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder inkl. Investitionen

Werner Egli

JAHRESRECHNUNG 2012

BERICHT IM GEMEINDERAT VOM 24.JUNI 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren vom Gemeinderat, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne.

Die Jahresrechnung 2012 der Stadt Uster weist einen Aufwandüberschuss von 4,8 Millionen Franken aus. Ohne den Sonderfaktor der BVK-Sanierung mit zweckgebundenen Rückstellungen von 9,3 Millionen Franken hätte die Jahresrechnung jedoch einen Ertragsüberschuss von 4,5 Millionen Franken ausgewiesen.

Der Voranschlag 2012 selber hatte mit einem Ertragsüberschuss von 0,8 Millionen Franken gerechnet. Die erwähnte Rückstellung für die Sanierung der Beamtenversicherungskasse (BVK) war nicht budgetiert gewesen und beeinflusst deshalb, wie in den anderen Gemeinden im Kanton, auch in Uster die Jahresrechnung.

Aufwandüberschuss von 4,8 Millionen Franken

Die Jahresrechnung der Stadt Uster weist einen Aufwandüberschuss von 4,8 Millionen Franken aus. In diesem Jahresergebnis sind nebst den ordentlichen Abschreibungen von 9,1 Millionen Franken auch 5,0 Millionen Franken ausserordentliche Abschreibungen mitberücksichtigt. Zudem – und im Voranschlag 2012 ebenfalls nicht budgetiert –, sind in der Rechnung 2012 weitere zusätzliche Abschreibungen von rund 10 Millionen Franken enthalten. Diese sind im Zusammenhang mit dem neuen Spitalplanungs- und Spitalfinanzierungsgesetz entstanden: Das Gesetz erlaubt Gemeinden, die bisher geleisteten Investitionsbeiträge an die Spitäler – bei uns ans Spital Uster – in eine Beteiligung umzuwandeln und den dadurch erzielten Buchgewinn sofort durch zusätzliche Abschreibungen wieder zu neutralisieren.

Ein weiterer und wichtiger Sonderfaktor in der Jahresrechnung 2012 betrifft die Sanierung der Beamtenversicherungskasse (BVK). Dafür musste Uster gemäss Anweisungen des Kantons (im Dezember 2012 erfolgt!) seinen Anteil an der Gesamtsanierung zurückstellen. Konkret waren dies rund 9,3 Millionen Franken. Auch dieser Betrag war im Voranschlag 2012 nicht enthalten. Ohne Miteinbezug der ausserordentlichen Rückstellungen für die BVK hätte ein Ertragsüberschuss von 4,5 Millionen Franken resultiert. Das Ergebnis ist deshalb durch diese Sonderfaktoren geprägt worden.

Wirtschaftskrise wirkt sich auf Steuereinnahmen aus

Bei den Steuern flossen mit 91,0 Millionen Franken rund 0,9 Millionen Franken weniger Einnahmen in die Stadtkasse als budgetiert.

Die Steuern laufendes Jahr nahmen gegenüber dem Vorjahr 2011 um 5,2 Prozent ab und beliefen sich auf 67,4 Millionen Franken. Im Voranschlag 2012 waren ordentliche Steuereinnahmen von 68,6 Millionen Franken eingeplant. Der Steuerfuss wurde von 93 Prozent (Rechnung 2011) auf 91 Prozent (Rechnung 2012) reduziert. Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen sanken um 3 Prozent, bei den juristischen Personen – also bei den Unternehmen – hingegen um hohe 23 Prozent. Dies ist hauptsächlich auf die wirtschaftliche Abflachung bei international tätigen Unternehmungen zurückzuführen.

Gute Budgetdisziplin der Abteilungen in der Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung zeigte eine gute Ausgabendisziplin. Vom bewilligten Globalkredit über alle Geschäftsfelder von 98,8 Millionen Franken wurden nur 95,5 Millionen beansprucht. Die positive und somit erfreuliche Abweichung beläuft sich auf 3,4 Millionen Franken. Die unter der Verantwortung des Stadtrates liegenden Geschäftsfelder respektive deren Globalkredite haben um 2,9 Millionen Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Die Sozialbehörde hat ihren Voranschlag 2012 um 1,3 Millionen Franken unterschritten. Das Geschäftsfeld Primarschule hat seinen Globalkredit um 800'000 Franken überschritten.

Tiefes Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen

Obwohl die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen mit 26,4 Millionen Franken über dem Voranschlag von 23,6 Millionen Franken liegen, wurde – abzüglich des Sondereffekts «Aktivierung Investitionsbeitrag Spital Uster» weniger investiert als im Budget vorgesehen. Investiert wurden 2012 16,5 Millionen Franken. Dies sind rund 70% des geplanten Soll-Wertes.

Der Grund dieser Minderbenützung: Mehrere Projekte konnten nicht im geplanten Zeitraum oder Umfang begonnen resp. realisiert werden. Dies betrifft insbesondere das Hallenbad (Sanierung und Erweiterung), die Sanierung der Werkliegenschaft Dammstrasse sowie Vorhaben im Tiefbau. Einzelne Projekte wurden nicht oder nur mit Verzögerung realisiert. Zudem konnten höhere Investitionsbeiträge auf der Einnahmenseite verbucht werden.

Cash Flow deckt grossen Teil der Investitionen

Der Cash Flow – mit 16,7 Millionen Franken im Budget – reichte aus, um daraus einen grossen Teil der Investitionen begleichen zu können. Da jedoch die Investitionen (inklusive Investitionsbeitrag Spital Uster) mit 24,3 Millionen Franken (im eigentlichen Steuerhaushalt) höher waren als der Cash Flow, musste die Differenz dem Nettovermögen entnommen werden. Das Nettovermögen verringerte sich deshalb im Steuerhaushalt 2012 um 7,6 Millionen Franken auf neu 72,7 Millionen Franken.

Das Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Aufwandüberschuss von 4,8 Millionen Franken reduziert. Die Stadt verfügt per 31. Dezember 2012 neu über ein Eigenkapital von 135,5 Millionen Franken, verglichen mit 140,3 Millionen Franken ein Jahr zuvor.

Zusammenfassung 2012 und Ausblick 2013

Das vorliegende Rechnungsergebnis wurde, wie erwähnt, von zwei Sonderfaktoren geprägt. Die Bildung von Rückstellungen für die BVK-Sanierung sowie die ausserordentliche Abschreibung im Zusammenhang mit der Aktivierung der Beteiligung des Spitals Uster haben die Rechnung 2012 wesentlich beeinflusst. Nichts desto trotz konnte dank positivem Cash Flow die Verschuldung weiter gesenkt werden. Per 31. Dezember 2012 hatte die Stadt Uster lediglich noch langfristige Darlehensschulden von 20 Mio. Franken.

Der Stadtrat ist über das «interne» Haushaltergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 4,5 Millionen Franken erfreut. Die Globalkredite wurden in zwei von drei Verantwortungsbereichen nicht voll ausgeschöpft, und die Summe aller effektiv beanspruchten Kredite konnte auf Vorjahresniveau stabilisiert werden. Das Nettovermögen hat sich aufgrund der getätigten Investitionen auf rund 73 Millionen Franken reduziert. Eine Ausgangslage die der Stadt Uster weiterhin eine gute finanzielle Handlungsfähigkeit zulässt.

Für das laufende Geschäftsjahr 2013 dürfen wir bis dato von einem Ergebnis ausgehen, welches sich eng an die Budgetvorgabe 2013 richtet. Die Steuererträge für das laufende Jahr bewegen sich nach einem ersten Rechnungslauf der Steuerverwaltung im Rahmen des Voranschlags. Eine weitere Hochrechnung vor den Sommerferien wird uns nähere Auskunft zur Finanzierung 2013 aufzeigen. Aktuell gehen wir von einem Mehraufwand im Geschäftsfeld Primarschule aus und auch von höheren Aufwendungen bei der LG Spitex. Diese Mehraufwendungen werden aber durch tiefere Abschreibungen aufgrund der im 2012 getätigten zusätzlichen Abschreibungen im Verwaltungsvermögen von 9,9 Millionen Franken (Beteiligung Spital Uster) und die bereits letztes Jahr vorgenommenen Rückstellungen betr. BVK wieder kompensiert.

Besteht ein Investitionsstau in Uster?

Die Zürcher Gemeinden geben im Durchschnitt netto 2'500 Franken pro Einwohner für die Investitionstätigkeiten (exkl. Investitionen Spezialfinanzierung) aus. Dies für eine ermittelte Laufzeit von 5 Jahren. Für Uster beträgt der so berechnete Durchschnittswert rund 16 Mio. Franken pro Jahr. Im Jahr 2012 hat die Stadt Uster Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von 14,3 Mio. Franken (exkl. Aktivierung Beteiligung Spital und der Investitionen im Bereich der Spezialfinanzierungen) getätigt. Über die Zeitperiode der letzten 5 Jahre gerechnet hat die Stadt Uster den erwähnten Durchschnitt jedoch erreicht. Es ist hier auch noch zu beachten, dass die Investitionen der separat laufenden Sekundarschulgemeinde nicht miteinbezogen sind.

Wie man dem aktuellen Investitions- und Finanzplan (Voranschlag 2013) entnehmen kann, wird das Investitionsvolumen in den nächsten Jahren hoch ausfallen und daher deutlich über dem Durchschnitt der Zürcher Gemeinden zu liegen kommen. Die anstehenden Grossprojekte sind nun gemäss dem Ihnen bekannten Zeitplan für die Jahre 2014 bis 2018 zur Ausführung eingesetzt. Dies ist so kommuniziert und die Planungsschritte sind eingeleitet oder bereits in Arbeit. Zudem, und dies darf einmal deutlich erwähnt werden, hat die Stadt Uster in den letzten Jahren auch über die Haushaltrechnung investiert. Die Globalkredite, im Jahr 2005 noch bei 72 Millionen Franken abgeschlossen, haben im 2012 nun eine Summe von 95 Millionen Franken erreicht. Dabei sind diese Kredite, insbesondere in den letzten 4 Jahren, überproportional, d.h. über dem Bevölkerungswachstum und der Teuerung, angestiegen. Diese Kredite beinhalten somit auch Bestandteile von vielfältigen und auch nachhaltigen Investitionen, sprich „Dienstleistungen“ zugunsten dieser Stadt. Es ist deshalb schlichtweg unzutreffend oder gar falsch ständig von einem „Investitionsstau“ zu sprechen.

Es ist unser Ziel, die eigentliche Ausführungsphase eines Bau- oder Investitionshabens noch realistischer einzusetzen. Die personellen Kapazitäten, eine angemessene Bauzeit und die politischen Entscheidungsmechanismen sind wohl noch besser zu berücksichtigen. Damit soll sichergestellt werden, dass der angestrebte Erreichungsgrad von 80% – 85% auch erreicht werden kann. Zu diesem Zweck liegt auch ein Antrag der Abt. Finanzen beim Stadtrat, die Investitionen des Geschäftsfeldes „Infrastrukturbau und Unterhalt“ zusammenzufassen und neu als Nettokredit im Voranschlag abzubilden. Damit soll der Handlungsspielraum innerhalb dieses mit sehr vielen Projekten bestückten Geschäftsfeldes erhöht und dadurch auch die Budgetgenauigkeit verbessert werden. Es ist insbesondere bei diesem investitionsstarken Geschäftsfeld anzumerken, dass viele Arbeiten witterungsabhängig sind. Gerade das 1. Semester 2013 hat deutlich gezeigt, dass aufgrund der schlechten Wetterlage viele Projekte nur verzögert begonnen resp. vollzogen werden konnten.

Uster, 24. Juni 2013/we

Jean-François Rossier (Die Präsidentin verliest in seiner Abwesenheit dessen Bericht)

Bericht aus der RPK zur Rechnung 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die RPK hat anlässlich ihrer Sitzung von vergangener Woche über die Jahresrechnung 2012 und den NPM-Jahresbericht der Stadt Uster und den Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der Sekundarstufe Uster beraten und befunden.

Für die Beratung der Rechnung der Sekundarstufe Uster waren der Schulpräsident sowie der Finanzverantwortliche der SSU anwesend.

Die externe Revisionsstelle BDO hat wiederum die Jahresrechnung 2012 der SSU geprüft.

Die RPK verweist an dieser Stelle auf den entsprechenden detaillierten Prüfbericht.

Bei der Beratung der städtischen Rechnung gab uns der Finanzvorstand der Stadt Uster zu Beginn einen detaillierten Abriss zur Rechnung 2012.

Analog der letzten Jahre, hat auch in diesem Jahr eine externe Prüfstelle die Rechnung der Stadt Uster geprüft. Grundsätzlich darf festgehalten werden, dass die Prüfstelle in ihrem Abschlussbericht festhält, dass die Stadt Uster ihre Rechnung ordnungsgemäss führt.

Des Weiteren verweist die RPK auf den entsprechenden Prüfbericht der Revisionsstelle.

Im Übrigen haben die RPK-Mitglieder die ihnen anvertrauten Geschäftsfelder eingehend geprüft.

Die dabei gemachten Feststellungen wurden in entsprechenden Prüfberichten festgehalten.

Die RPK hat an ihrer Sitzung vom 17. Juni 2013 den Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012 der Sekundarstufe Uster sowie den NPM-Jahresbericht 2012 und die Jahresrechnung 2012 der Stadt Uster jeweils einstimmig angenommen.

Die RPK verzichtet anlässlich der heutigen Sitzung auf Referate zu den einzelnen Geschäftsfeldern.

Schlussbemerkungen wurden an die Referenten der Sachkommission übermittelt und sind entsprechend in die Sachkommissionsreferate integriert.

*Jean-François Rossier
Präsident der RPK*

Wortmeldungen aus den Fraktionen

Claudia Bekier

Bericht der SVP/EDU-Fraktion zur Jahresrechnung 2012 der Stadt Uster

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den erzielten „internen“ Ertragsüberschuss von rund Fr. 4,5 Mio. mit Befriedigung zur Kenntnis. Positiv zu werten ist auch die Unterschreitung der Globalkredite um Fr. 3,3 Mio., wenn auch die Hälfte dieser Summe auf einem Buchgewinn eines Landverkaufs beruht. Zur Sorge Anlass gibt erneut das Resultat der Primarschule, welche ihren bewilligten Globalkredit um Fr. 800'000.- überschritten hat und welche - bei seit Jahren fast gleich hohen Schülerzahlen - einen scheinbar nicht aufhaltbaren Kostenanstieg pro Schüler aufweist.

Dank dem Umstand, dass auf der Finanzierungsseite die realisierten Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2012 praktisch den Budgetwerten entsprochen haben, konnte ein doch spürbar über dem Voranschlag liegendes Jahresresultat präsentiert werden. Der erzielte Cashflow von über 15 Mio. Franken konnte für die getätigten Investitionen und auch für einen weiteren Schuldenabbau verwendet werden.

Ohne Einrechnung der getätigten Beteiligung Spital wurden an Investitionen lediglich Fr. 16,5 Mio. getätigt. Bewilligt wurden vom Gemeinderat jedoch Fr. 23,6 Mio. Dieses Resultat ist insofern unbefriedigend, als dass nur knapp 70% des bewilligten Budgets beansprucht worden sind. Auch wenn teilweise erklärbare Gründe für diese Minderbeanspruchung vorhanden sind, ist das vorliegende Ergebnis nicht zufriedenstellend. Die Prognosegenauigkeit in einzelnen Geschäftsfeldern muss verbessert werden, denn solche grosse Differenzen sind nicht förderlich für die Vertrauensbildung beim Parlament im Hinblick auf die jeweiligen Budgetberatungen.

Wir fordern den Stadtrat auf, die Haushaltszahlen weiter unter (str)enger Kontrolle zu halten und die Investitionsplanung der nächsten Jahre, insbesondere auch bezüglich Grossprojekte, nochmals genau zu überprüfen. Eine Verzichtsplanung ist hier miteinzubeziehen.

Uster, den 24. Juni 2013

SVP/EDU-Fraktion

Gemeinderat Uster

Verantwortlich: Claudia Bekier

Cla Famos

FDP/JFU-Fraktion Gemeinderat Uster

Stellungnahme zu Jahresrechnung 2012:

Verhageltes Ergebnis wegen BVK, mit Leistung des Stadtrates zufrieden

Die FDP/JFU-Fraktion ist zufrieden mit der Leistung des Stadtrates. Das Defizit von 4.8 Millionen Franken wird durch einmalige Faktoren, insbesondere die erzwungene ausserordentliche BVK-Rückstellungen, verursacht. Die Ausgabendisziplin des Stadtrates ist im Allgemeinen sehr erfreulich, Sorge bereiten dagegen die immer weiter steigenden Kosten im Schulbereich. Die Fraktion wird das Ausgabenwachstum und die geplanten hohen Investitionen weiter im Auge behalten.

Der Stadtrat hat insgesamt die Finanzen dank solider Ausgabendisziplin gut im Griff. Wie das Beispiel anderer Städte zeigt, muss das Ausgabenwachstum nachhaltig gebremst werden, will Uster nicht in finanzielle Schieflage geraten. Sorge bereitet der starke Rückgang der Steuererträge, insbesondere bei den juristischen Personen. Der Attraktivität von Uster für das Gewerbe gilt es auch weiterhin Sorge zu tragen.

Es zeigt sich, dass sich eine sehr zurückhaltende Budgetierung lohnt. Nur so kann sich Uster die geplanten Infrastrukturvorhaben langfristig leisten. Hier muss der Stadtrat dran bleiben.

Das Ergebnis der Sekundarschulgemeinde ist analog zu dem der Stadt Uster stark von der BVK-Rückstellung geprägt. Allerdings wären die Ausgaben der Sekundarschulpflege auch ohne diesen Sonderfaktor höher als budgetiert, was der Fraktion Sorgen macht. Es braucht weitere Anstrengungen, in kommenden Jahren unter Budget zu bleiben.

*Cla Famos
24. Juni 2013*

Balthasar Thalmann

Rechnung 2012, Eintretensreferat der SP Fraktion

Frau Präsidentin, Geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion hat eine Vorbemerkung und drei Bemerkungen zur Rechnung 2012:

Die Vorbemerkung:

Die Rechnung bringt nichts Überraschendes.

Die 1. Bemerkung

Der Investitionsberg, den die Stadt Uster vor sich her schiebt, beträgt mittlerweile über Fr. 70 Mio. Das sind Investitionen, die die Stadt Uster sowieso tätigen muss, entweder um die Infrastruktur auch langfristig funktionstauglich zu halten oder um die Infrastruktur der wachsenden Bevölkerung anzupassen. Machen wir das nicht, nehmen wir entweder Qualitätseinbussen in Kauf oder verschieben die finanzielle Last einfach auf spätere Generationen.

Die 2. Bemerkung

Die Steuerfussenkungen der letzten Jahre waren schlichtweg falsch. Die bürgerlichen Parteien und der Stadtrat setzten dabei auf das Prinzip Hoffnung, nämlich dass die Steuereinnahmen stetig zunehmen. Das ist aber nicht der Fall. Auch hat sich die Steuerkraft pro Kopf in den letzten Jahren im Vergleich zum kantonalen Mittel nicht wesentlich verändert, obwohl wir den Steuerfuss um insgesamt 10% gesenkt haben. Die Gleichung tiefer Steuerfuss = höhere Steuerkraft gilt eben nicht einfach so.

Stattdessen schränkt die Steuerfussenkung die Stadt unnötig in ihrem Handlungsspielraum ein, weil pro Jahr und gesenktem Steuerprozent Fr. 700'000 in der Kasse der laufenden Rechnung oder gegen Fr. 7 Mio. für Investitionen fehlen. Wir sind der Ansicht, dass heute eine unausgesprochene finanzpolitische Nervosität herrscht. Und zwar weil man nicht mehr einfach über Zahlen und finanzpolitische Dogmen reden kann sondern um Inhalte. Es wächst nämlich das Bewusstsein, dass – auch wenn die finanzielle Situation der Stadt gut aussieht – für die anstehenden Aufgaben zu wenig Geld zur Verfügung stehen könnte. Nehmen wir das Beispiel Grossprojekte:

Am 30. März 2011 ist der Stadtrat für die 4 Grossprojekte Schulhaus Krämeracker, Hallenbad, Kulturzentrum und Stadthaus II von einem Investitionsbedarf von rund Fr. 100 Mio. ausgegangen. Jetzt liegen genauere Zahlen für drei dieser vier Vorhaben auf dem Tisch. Und die benötigen alleine schon weit über Fr. 90 Mio. Bisher wagte noch niemand in der Öffentlichkeit zu sagen, dass irgendwas nicht aufgeht und dass man entweder auf Investitionen z.B. auf die Erweiterung des Hallenbads verzichten oder eine Anpassung des Steuerfusses auf eine finanzpolitisch vernünftige Höhe ins Auge fassen muss. Auch wenn versucht wird, von dieser Diskussion abzulenken, wir kommen um diese Diskussion nicht drum herum.

Zur 3. Bemerkung

Die Jahresrechnung und der Jahresbericht zeigen die Finanzkennzahlen der Stadt Uster transparent und gut nachvollziehbar auf. Es ist ein gutes Arbeitsinstrument für uns als Parlament. Wenn eine Bewohnerin oder ein Bewohner der Stadt Uster aber etwas über die grossen politischen Linien erfahren möchten oder darüber, wo man bei den für Uster besonders wichtigen Themen steht, dann bleibt dieser Person einzig die Möglichkeit, die Neujahrsansprache des Stadtpräsidenten zu lesen. Es wäre wohl nicht vermessen, darüber nachzudenken, ob nicht jährlich ein publikumsfreundliches Produkt erstellt und in alle Haushaltungen verteilt werden müsste, welches über das Handeln und die Absichten der Ustermer Politik Auskunft gibt. In Zeiten, wo der Politik vorgeworfen wird, an der Bevölkerung vorbei zu politisieren, ist dieser Gedanke wohl nicht ganz abwegig.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Ursi Räuftlin

Jahresrechnung der Stadt Uster 2012

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
geschätzte Anwesende*

Der Stadtrat legt uns hier eine Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4.8 Mio. vor. Ohne die CHF 9.3 Mio. Rückstellungen für die BVK und die ausserordentlichen Abschreibungen von CHF 5 Mio. hätte ein deutliches Plus erzielt werden können. Diesen Ausgaben stehen aber auch zusätzliche Einnahmen im Umfang von CHF 4.1 Mio. aus dem höheren Steuerkraftausgleich gegenüber. Zudem wird die Ausgabenseite der laufenden Rechnung auch dieses Jahr wieder wegen den nicht getätigten Investitionen beschönigt, da die Abschreibungen dadurch um 0.9 Mio. geringer als budgetiert ausfielen.

In der Investitionsrechnung ist wie in den vergangenen Jahren zu bemerken, dass die vom Gemeinderat bewilligten Investitionen nicht vollumfänglich umgesetzt wurden. Es wurde wiederum nicht einmal drei Viertel des budgetierten Investitionsbetrages ausgeschöpft. Wir schieben in Uster weiterhin einen stetig anwachsenden Investitionsberg vor uns her. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Grossprojekte dürfen die notwendigen Investitionen kleineren Umfangs keineswegs aufgeschoben werden. Dadurch notwendige Überbrückungsmassnahmen und provisorische Lösungen kommen die Stadt Uster langfristig teuer zu stehen.

Auf der Ausgabenseite der laufenden Rechnung ist positiv zu vermerken, dass die Abteilungen wiederum eine sehr gute Budgetdisziplin zeigten. Bedenklich ist aber weiterhin, dass der Anstieg des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr mit 3.8% deutlich über dem mit Teuerung und Bevölkerungszunahme erklärbaren Zuwachs liegt. Damit wird wiederum ein wichtiges Ziel der Ustermer Finanzpolitik verfehlt.

Wir begrüssen es sehr, dass die langfristigen Schulden auch im Jahr 2012 weiter abgebaut werden konnten. Damit sind wir für die anstehenden grossen Investitionen einigermassen gewappnet. Aber Uster zahlt weiterhin über CHF 1.5 Mio. Schuldzinsen, was ziemlich genau zwei Steuerprozenten entspricht.

Die GLP-EVP-CVP-Fraktion wird auch weiterhin zusätzliche Begehrlichkeiten kritisch hinterfragen und sich für gesunde Finanzen für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Uster einsetzen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

Fraktionserklärung der Grünen

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen sind mit der vorliegenden Rechnung nicht zufrieden. Ob dies zu einem Nasenrumpfen oder gar zu einem Kopfschütteln führt, will ich Ihnen kurz ausführen.

Überraschend kamen die zusätzlichen Ausgaben für uns Grüne wahrlich nicht. Insbesondere der stattliche Sanierungsbeitrag an die BVK war bei der Debatte um den Voranschlag für das Jahr 2012 absehbar. Insofern war die vom bürgerlich dominierten Stadtrat beantragte und von den bürgerlichen Gemeinderäten abgesegnete Steuersenkung fahrlässig und hat das Defizit unnötig vergrößert. Dies trägt dazu bei, dass erst recht nicht alle in der Planung eingestellten Projekte und Aufgaben im geplanten Zeitraum realisiert werden konnten.

Vordergründig präsentieren sich die Finanzen der Stadt Uster trotz hohem Aufwandüberschuss scheinbar in einem zufriedenstellenden Licht. Langfristige Schulden wurden weiter abgebaut, der Selbstfinanzierungsgrad ist auf einem hohen Niveau, die Ausgaben hat man im Griff. Doch bei den Investitionen hinkt die Stadt einmal mehr hinterher: nur rund 70% der geplanten Investitionen zu tätigen, ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten inakzeptabel.

Und vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum die Stadt Uster im Moment finanziell noch gut dasteht. Wären alle Investitionen wie geplant getätigt worden, wäre das Defizit noch höher ausgefallen. Der Ustermer Finanzhaushalt würde einiges düsterer aussehen. Und dann wären die schädlichen Effekte der bürgerlichen Steuersenkungsmanie noch deutlicher gewesen. Der Investitionsbedarf in den kommenden Jahren ist gewaltig. Nicht nur Grossbauten stehen an sondern auch Investitionen in die Lebensqualität von Uster: Umsetzung des pfannenfertigen Velokonzepts und die kontinuierliche Verringerung des Energieverbrauchs und des CO2-Ausstosses sind zwei Beispiele dazu.

Die Zeche wird die Ustermer Bevölkerung in den nächsten Jahren begleichen müssen. Um die zukünftigen Lasten gleichmässiger zu verteilen, hatten die Grünen Uster schon für 2013 eine Steuererhöhung gefordert.

Die vorliegende Jahresrechnung zeigt, dass die Ära der Steuersenkungen definitiv der Vergangenheit angehört. Sinkende Steuererträge, ungewisse wirtschaftliche Entwicklung, hinterherhinkender Unterhalt der bestehenden Infrastruktur und ein Investitionsstau bei zukünftigen Projekten lassen schwierige Zeiten erahnen.

Hinzu kommt, dass die Aufgaben der Stadt zunehmend komplexer und umfangreicher werden. Wir Grünen wollen nicht, dass diese Zusatzleistungen auf dem Buckel des Personals eingefordert werden. Wir sind uns bewusst, dass wir zum Personal der Stadt Uster Sorge tragen müssen. Hier gilt es zu investieren. Und das bedeutet, dass wir in Zukunft mit steigenden Personalkosten zu

rechnen haben. Sonst droht Unzufriedenheit, noch höhere Fluktuation und Wissensverlust. Und diese Folgen sind einiges teurer als steigende Personalkosten.

Fazit: Die vorliegende Rechnung quittieren wir Grünen deshalb mit einem deutlichen Kopfschütteln.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Werner Egli ergreift das Wort. Er möchte zwei Bemerkungen kommentieren. An die Adresse der GLP: die Personalkosten sind in der Tat angestiegen, v.a. im GF Betreutes Wohnen. Die Bettenauslastung hat im Bereich Heimtaxen aber auch für entsprechend höhere Einnahmen geführt. Die Details sind im Beilagenbericht (Antrag Nr. 166/2013) detailliert aufgeführt. An die Adresse der Grünen: Dass das Ergebnis um 7 Mio. höher negativ ausgefallen ist, stimmt so nicht. Wenn die Investitionen um 7 Mio höher ausgefallen sind, ist der Aufwandüberschuss nicht automatisch um diesen Betrag höher. Es werden zwei separate Rechnungen in der Stadt Uster geführt. Das Gesagte ist schlicht eine Falschinformation.

4.2 Behandlung der Geschäftsfelder

Die Vorsitzende

Bevor wir zur Behandlung der einzelnen Geschäftsfeldern kommen, möchte ich der Verwaltung im Namen aller Subkommissionen für die vorangegangenen Besprechungen und Beantwortung unserer Fragen danken. Die Sprecher der Subkommissionen bitte ich, sich auf das Wesentliche zu beschränken und wenn möglich auf das Aufzählen der Teilnehmer in den Subkommissionen und den nochmaligen Dank an die Verwaltung zu verzichten.

Wir haben die uns gemeldeten Referenzen notiert, sollten sich kurzfristige Änderungen ergeben haben, bitte ich einfach den jeweiligen Sprecher für das entsprechende Geschäftsfeld an das Rednerpult.

Leistungsauftrag Parlament

Für die Geschäftsleitung verliest **Marianne Siegrist** den Bericht von **Gabriela Seiler**.

Subkommissionsbericht LA Parlamentarische Dienste

Die Jahresrechnung schliesst mit CHF 542'000 rund CHF 41'000 unter Budget ab. Der Hauptgrund liegt in erster Linie darin, dass mit der Auflösung der Bürgerrechtskommission im Januar 2012 die Entschädigungen an die Gemeinderäte entsprechend tiefer ausgefallen sind.

Die Anzahl der aufgeführten Wirkungs- und Leistungsziele scheinen für diesen verhältnismässig kleinen Bereich recht umfangreich. Die Verwaltung teilt diese Meinung grundsätzlich, die Überarbeitung erfolgt im Rahmen der nächsten Wirkungsprüfung resp. nach Festlegung der inskünftigen Subkommission innerhalb der Geschäftsleitung.

Gemäss Art. 43 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass unerledigte parlamentarische Vorstösse im Geschäftsbericht aufzunehmen sind. Dies wurde gemäss Angaben der Verwaltung bis dato nicht so gehandhabt, wird aber in Zukunft entsprechend erledigt. Die RPK Belegprüfung hat keine Mängel ergeben, weshalb ein separates RPK Referat entfällt.

Uster, 23.6.2013, Gabi Seiler

Geschäftsfeld Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**

NPM Jahresbericht 2012 – GF Steuerung und Führung.

Sehr geehrter Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Zu den wichtigsten Punkten in diesem GF:

- 1. Die Ausgabendisziplin in diesem Geschäftsfeld ist erneut sehr erfreulich. Im Berichtsjahr wurden 3,5% weniger ausgegeben als budgetiert und vom GR bewilligt worden war.*
- 2. Die grösseren Abweichungen in der Übersicht auf Seite B 2 konnten von der Exekutive allesamt zur Zufriedenheit der KÖS beantwortet werden. Einige inhaltlich wichtige Punkte*
- 3. Seite B 1, Einleitung. Nicht ganz nach Zeitplan, aber in zwei Monaten definitiv, können auf der Website der Stadt alle Verordnungen und Reglemente in einer einheitlichen Gestaltung eingesehen werden. Ein grosses Projekt im Bereich Öffentlichkeitsprinzip kommt damit zum Abschluss.*
- 4. Ebenfalls in der Einleitung zum Geschäftsfeld. Die Mitarbeiter-Umfrage fiel für die Stadt Uster als Arbeitgeberin durchaus positiv aus. Uster liegt in der bei rund 100 Arbeitgebern durchgeführten Umfrage im Mittelfeld. Die Verwaltung ist sich aber sehr bewusst, dass weiterhin – und eher zunehmend – Massnahmen gefragt sind, um gute Mitarbeitende halten zu und um neue qualifizierte Mitarbeitende rekrutieren zu können. Zudem bewegt sich die Belastung des städtischen Personals am oberen Limit – und oft auch darüber hinaus – so dass in Zukunft ein massvoller Stellenausbau wohl die einzige Lösung ist, um die Gesundheit der Mitarbeitenden nicht aufs Spiel zu setzen. Der Verantwortlichen sind sich der verschiedenen Problemstellungen bewusst. Die Behebung von ‚relativen‘ Schwächen wird gezielt und konsequent angegangen. Und um entlastende Massnahmen umsetzen zu können, wird wohl auch der Gemeinderat, das eine oder andere Mal entscheiden müssen.*
- 5. Kennzahlen und Indikatoren. Die KÖS nahm wie jedes Jahr Kennzahlen und Indikatoren unter die Lupe. Es hat sich gezeigt, dass gewisse Erhebungen nicht wirklich zielführend sind, also weder die Steuerung noch das Controlling unterstützen. Demgegenüber stehen Leistungsgruppen, die über einen einzigen Indikator verfügen, was aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend ist. Um diesen Mangel möglichst zu beheben, trifft sich eine Subkommission der KÖS mit der Verwaltung im November dieses Jahres.*

Gemäss dem Wunsch der Präsidentin verzichte ich folglich den Mitarbeitenden der Stadt Uster für die erbrachten Leistungen zu danken.

Die KÖS hat den NPM-Jahresbericht für das GF Steuerung und Führung einstimmig gutheissen.

Für die KÖS

Thomas Wüthrich

Gemeinderat, Grüne

Geschäftsfeld Bürgerrecht und Dienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Wolfgang Harder**

Bericht der Subkommission, NPM Jahresbericht 2012, GF Bürgerrecht und Dienste

Die Subkommission stellte der Exekutive einen mehrseitigen Fragenkatalog zu, der termingerecht, ausführlich und gut nachvollziehbar beantwortet wurde.

An der Sitzung vom 27.5.2012 mit den Vertretern beider Geschäftsfelder sowie dem Stadtpräsidenten wurden die Rechnung, der Jahresbericht sowie die Antworten auf die gestellten Fragen im Detail besprochen, kommentiert und diskutiert. Das Gespräch fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Mit Blick auf die Zahlen hat sich erfreulicherweise gezeigt, dass in beiden Geschäftsfeldern sorgfältig gearbeitet wurde. Der Fragenkatalog wurde ausführlich und nachvollziehbar beantwortet. Es hat sich dank der schriftlichen Antworten der Verwaltung gezeigt, dass die Budgetvorgaben im akzeptablen Bereich eingehalten wurden.

Speziell zu erwähnen sind folgende Punkte:

- a) Das Stadttammann- und Betreibungsamt hat wiederum sehr erfolgreich gearbeitet. Die organisatorische Zusammenlegung war ein guter Entscheid, der sich auch finanziell positiv auswirkt.*
- b) Betreffend Einbürgerungsverfahren, das neu nur noch durch die Verwaltung durchgeführt wird, hat sich gezeigt, dass die erlassenen Richtlinien durchwegs positiv zu werten sind. Die Verfahrensdauer ist etwas länger, was aber offenbar damit zu tun hat, dass sich die Kandidaten intensiver vorbereiten und dafür mehr Zeit benötigen.*

Die LG Info Uster wurde einer Wirkungsprüfung unterzogen (Seite C/4): Aufgrund dieser Wirkungsprüfung wurde die Kennzahl K4 (nach konstruktiver Diskussion und unter Ausschöpfung der Kompetenz der Anwesenden) ersatzlos gestrichen. Dies zusammengefasst aus folgenden Gründen: Die Kennzahl erfasst die Zahl der von der Verwaltung zu verteilenden Goodies wie Zirkusbillette oder dergleichen. Das ist keine Aufgabe, die gemessen werden muss und auch keine Aufgabe, die von der Verwaltung beeinflusst werden kann.

Die KÖS hat den NPM-Jahresbericht 2012 für das GF Bürgerrecht und Dienste einstimmig gutheissen.

Für die Subkommission GF Bürger-Parlamentsdienste

Wolfgang Harder

Geschäftsfeld Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Matthias Bickel**

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Anwesende

GF Kultur

Der **Globalkredit** des Geschäftsfelds Kultur wurde mit CHF 3'415'000 um CHF 88'000 übertroffen, was 2.6% des budgetierten Betrags von CHF 3'327'000 entspricht. Der Grund für die Budgetüberschreitung ist hauptsächlich auf die höheren Personalkosten der Stadt- und Regionalbibliothek zurückzuführen.

Das Umbauprojekt **Central** liegt im Budget. Die Bauabrechnung vom 20.02.2013 weist einen Aufwand von CHF 569'890.50 inkl. MwSt. aus. Die verhältnismässig geringen Mehrkosten von CHF 22'000 resultieren hauptsächlich aus Mehrkosten für Regie und Auflagen der Feuerpolizei.

Die Fördergelder in der Sparte Jazz beliefen sich 2012 total auf CHF 54'000 davon CHF 22'000 aus dem Leistungskontrakt mit dem **swissjazzorama**.

Personell gab es im GF Veränderungen: Der langjährige GF-Leiter Roland Boss wie auch der Jugendbeauftragte Daniel Goldberg verliessen die Stadt per Ende Jahr.

LG arts.kultur

"Jazz in Uster" ist und bleibt ein Thema. Die Stadt unterstützt die Arbeit von **swissjazzorama** mit einem Leistungskontrakt, der Mitte 2014 aber ausläuft. Bis dann sollte eine Stiftung mit einem Förderverein gegründet sein. Mit der Gründung und vor allem mit der Finanzierung dieser Stiftung kam man letztes Jahr aber noch nicht weiter. Der Plan sieht eine Dreiteilung der Institution in ein Archiv, ein Museum und einen Konzertveranstalter vor; dabei stellt vor allem die Professionalisierung des Archivs eine Herausforderung dar.

LG sozio.kultur

Das Label **Gross rauskommen in Uster** konnte bei den Vereinen und professionellen Anbietern von Kinder- und Jugendangeboten verankert werden, doch hat es sich noch nicht durchgesetzt. Die LG überprüft im laufenden Jahr somit Aufwand und Wirkung.

Die **Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine** wurde rege genutzt, womit der gesprochene Maximalbeitrag von total CHF 250'000 nun erreicht wurde. Wenn der Gemeinderat bei diesem Betrag bleiben will, wird der Unterstützungsbeitrag pro Kind in Zukunft reduziert.

LG güter.kultur

Die **Stadt- und Regionalbibliothek** ist auf dem Weg zur Besserung. Wie bekannt, arbeitete sie längere Zeit am Limit. Der Gemeinderat hatte das Problem erkannt und am 03.12.2012 zusätzliche Stellenprozente (+200) bewilligt. In der GF-Leitung ist man sich hingegen bewusst, dass die Situation mit der Stellenerhöhung allein noch nicht getan ist; weitere Massnahmen müssen getroffen werden, um den Betrieb nachhaltig zu verbessern. Mit 425'000 Ausleihen weist die Stadtbibliothek im vergangenen Jahr einen neuen Benutzerrekord aus; pro Tag wurden bis zu 700 Besuche registriert.

Die **Regionalbibliothek** lief im Jahr 2012 noch unter dem alten Vertrag. Die Vorbereitungen zum neuen Vertrag sind auf Kantonsebene in Verzug geraten; der neue Vertrag wird voraussichtlich Ende 2013 für das Jahr 2014 ausgehandelt.

Im **Stadtarchiv** läuft die Raumanalyse, der Platz ist immer noch knapp. Das Jahr 2012 stand zudem im Zeichen des Ablage-Managements: Mit einem Reglement zur einheitlichen Aktenführung wurde die Organisation der Archivierung neu definiert.

Belegprüfung

Die Revision der Rechnungsprüfungskommission gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund wird auf ein separates RPK-Referat verzichtet.

Fazit

Die Kommission Bildung und Kultur hat die Rechnung des Geschäftsfelds Kultur einstimmig angenommen.

Für die Kommission,
Matthias Bickel.

Geschäftsfeld Finanzen

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Christoph Keller**

Die Subkommission der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit traf sich für die Besprechung der Rechnung 2012 des Geschäftsfeldes Finanzen, Kapitel E im Jahresbericht, mit Stadtrat Werner Egli und dem Abteilungsleiter Finanzen Patrick Wolfensberger. Alle Fragen der Kommission wurden an dieser Sitzung beantwortet

Das Geschäftsfeld Finanzen beinhaltet nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und den Konzessionsabgabe der energie uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den Steuern und zum Finanzausgleich sind in der der Jahresrechnung 2012 auf den Seiten A-4 bis A-10 detailliert dargestellt.

Der Globalkredit von CHF 955'000.- wurde um CHF 356'000.- unterschritten. Die grössten Abweichungen sind:

- *LG Finanz- und Rechnungswesen: Hier fielen weniger Passivzinsen und weniger interne Verrechnungen an.*
- *LG Finanz- und Rechnungswesen: Auch hier kommt die Differenz aufgrund von weniger interne Verrechnungen*

Im Rechnungsjahr 2012 wurde keine Wirkungsprüfung durchgeführt

In der Abteilung Finanzen kam es zu mehreren personellen Wechseln. Als letzte offene Stellen konnte die Stelle Leistungsgruppenleiter Finanz- und Rechnungswesen besetzt werden. Wir hoffen, dass im Geschäftsfeld Finanzen mit dem Abschluss der Wiederbestzungen aller Stellen wieder eine Beruhigung eintritt.

Die in diesem Geschäftsfeld als Indikator aufgeführten IKS-Weisungen (internes Kontrollsystem) betreffen nur die IKS-Weisungen des Geschäftsfelds Finanzen. Die Zuständigkeit für das städtische IKS liegt bei der Leistungsgruppe Controlling im Geschäftsfeld Steuerung und Führung. Nebst den IKS-Weisungen bestehen aber noch diverse andere Anweisungen, welche im Handbuch Rechnungswesen zusammengefasst sind. Die Mitglieder der Subkommission haben diese Unterlagen zur Kenntnis erhalten.

Stadtrat Werner Egli erwähnte an der Besprechung, dass die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Indikatoren des Geschäftsfelds Finanzen generell überprüft werden.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

Geschäftsfeld Liegenschaften

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Christoph Keller**

Der Globalkredit von CHF 3'848'000.- wurde um CHF 1'166'000.- unterschritten. Die grössten Abweichungen sind:

- *GF Liegenschaften: Durch die Verzögerung des Geschäfts konnte der Buchgewinn von rund CHF 1,5 Mio. aus dem Tauschgeschäft der Gewerbe-Baulandparzellen in der Loren erst im 2012 verbucht werden.*
- *LG Grundstückbewirtschaftung: Durch die Anpassung des Referenzzinssatzes kam es zu Mindereinnahmen von CHF 154'000.-.*
- *LG Immobilienbewirtschaftung: Hier kam es zu Mindereinnahmen von CHF 206'000.- aufgrund von Leerstände nach Mieterkündigungen und nachfolgenden Mietereinbauten für die KESB sowie die Mietereinbauten und Erweiterung der Schulzahnklinik*

Im Rechnungsjahr 2012 wurde keine Wirkungsprüfung durchgeführt.

Stadtrat Werner Egli erwähnte an der Besprechung, dass die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Indikatoren generell überprüft werden.

Stadtrat Egli erläutert an der Sitzung der Subkommission KÖS anhand von Beispielen, dass die Stadt Uster eine aktive Immobilienpolitik betreibt und immer wieder an Verhandlungen von strategischen Grundstücken teilnimmt (Gewerbeland, Tausch von Grundstücken, Eigennutzung). Die Öffentlichkeit erfährt dies aber nur dann, wenn die Verhandlung erfolgreich abgeschlossen wird.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Liegenschaften zu genehmigen.

Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Balthasar Thalmann**

Rechnung 2012, GF Infrastrukturbau und Unterhalt

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Beginnen wir mal von Hinten.

*Die RPK hat keine weitergehenden Bemerkungen zum GF Infrastrukturbau und Unterhalt.
Die KPB empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht und die Investitionsrechnung 2012
abzunehmen.*

Weiter gibt es drei Bemerkungen:

*Die Wirkungsprüfung wurde für die LG Werterhaltung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass an den
Indikatoren nichts anzupassen ist und dass der Erhebungsrhythmus für den Indikator
Sauberkeitsindex der WC-Anlagen reduziert werden könne.*

*Eine Ergänzung der Kennzahl K07 auf Seite G/7: der Ist-Wert 2012 der Kosten für den Winterdienst
beträgt 0.71 Fr./m2 Strassenfläche.*

*Und zu guter Letzt: Kennzahlen der ARA liefern erstmals die Ergebnisse der neuen und
ausgebauten ARA unter Vollbetrieb. Sie sind erfreulich. Mit der neuen ARA wird das Ustermer
Abwasser deutlich besser gereinigt und der Greifensee weniger belastet.*

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Geschäftsfeld Stadtraum und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Ursula Räuftlin**

Geschäftsfeld «Stadtraum und Natur»

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Geschätzte Anwesende

Das GF Stadtraum und Natur beantragte für das Jahr 2012 einen Globalkredit über CHF 4.252 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 4.203 Mio. also mit einer Kostenunterschreitung von gut 1 % fast eine Punktlandung.

Einige auffallende Abweichungen gibt es bei den Kennzahlen:

Bei der Stadt- und Verkehrsplanung war die Einzonung des Eschenbühl eines Teils der Grossriet in Nänikon vorgesehen, weshalb sich die Fläche der Reservezonen hätte reduzieren sollen. Vorläufig verbleiben diese Gebiete wegen der Annahme der Kulturlandinitiative in der Reservezone, bzw. zukünftig wird sich die Reservezone reduzieren aber nicht zu Gunsten der Bauzone sondern zu Gunsten der Landwirtschaftszone.

Bei der Forstwirtschaft wurde die Waldrandpflege bisher zu optimistisch abgeschätzt. Dieser Wert wird sich zukünftig bei ca. 500 m pro Jahr einpendeln.

Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur waren CHF 1.54 Mio. vorgesehen. Abgerechnet wurden allerdings nur CHF 20'000. Einerseits entfielen CHF 940'000 weil der Gemeinderat die Sanierung der Bootsabstellplätze abgelehnt hatte und gegen die Verlegung der Buswendeschleife das erfolgreiche Referendum ergriffen wurde. Andererseits verzögerte sich der Ausbau der Riedikerbaches immer noch wegen Einsprachen. Zudem wurde der städtebauliche Studienauftrag Zeughausareal erst Anfangs 2013 abgeschlossen und abgerechnet.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

*Für die KPB
Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Seyhan Kâhya**.

Kommissionsreferat zum GF Hochbau und Vermessung – Rechnung 2012

*Liebe Frau Präsidentin,
Liebe Anwesende,*

Ich spreche über die LG Baubewilligungen und -beratung:

Bauberatungen, also 101 auf der Seite 1/5, sind in Uster bislang aus öffentlichem Interesse gratis. Bei einfachen Auskünften sollte das weiterhin gratis bleiben, für aufwändigen Bauberatungen ist währenddessen ein Gebührenreglement in Vorbereitung, eine Umsetzung im Laufe des Jahres ist wahrscheinlich. Diese Reglementierung liegt in der Kompetenz des Stadtrats.

Bei der LG Vermessung wurde die Wirkungsprüfung zu den zwei Indikatoren vollzogen und als erreicht bewertet.

Ansonsten wurden die Abweichungen als Kommentar verständlich vermerkt.

Die KPB hat den Jahresbericht zum Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung einstimmig angenommen.

Danke!

Geschäftsfeld Koordination Bildung

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Anita Borer**

Referat Rechnung 2012 – GF Koordination Bildung

Am 15. Mai 2013 konnten die Vertreter der Kommission Bildung und Kultur (KBK) der Primarschule Uster ihre Fragen zur Rechnung 2012 des Geschäftsfeldes Koordination Bildung stellen.

Die für die Arbeit der Bildungsplattform budgetierten Kosten fielen tiefer als budgetiert aus. Ziel der Bildungsplattform ist es, eine noch bessere Vernetzung der privaten und öffentlichen Bildungsanbieter und somit die verschiedenen Weiterbildungsmöglichkeiten bekannt zu machen. Dafür ist insbesondere der neue Internetauftritt dienlich.

Die Musikschule Uster-Greifensee (MSUG) erneuerte den mehrjährigen Rahmenkontrakt. Künftiges Ziel ist es, den Anteil an Schülern, welche den Gruppenunterricht besuchen, zu erhöhen. Es bedingt, dass Kinder mit den gleichen Voraussetzungen zur gleichen Zeit einen Kurs besuchen können. Dies stellt eine grosse Herausforderung dar.

Um vermehrt Gruppenunterricht anbieten zu können, wurden zusätzliche Räume im VZK-Gebäude dazu gemietet. Auch der Schallschutz wurde verbessert. Aus diesem Grund fielen auch die Kosten der MSUG mit CHF 962'000.00 um CHF 140'000.00 höher aus als budgetiert. Immer noch herrscht Raumknappheit.

Der Umbau der Räumlichkeiten der Schulverwaltung ist letztlich infolge reglementarisch vorgegebener Vorkehrungen (z.B. Brandschutz) ebenfalls teurer als budgetiert ausgefallen.

Die Rechnung des GF Koordination Bildung wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt. Aus der Diskussion der RPK gibt es keine Bemerkungen. Das RPK-Referat entfällt aus diesem Grund.

Geschäftsfeld Sicherheit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Marius Weder** und verliest den Bericht des ausgetretenen Gemeinderatsmitgliedes Stefan Kern.

Referat NPM-Jahresbericht 2012

Bericht der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KöS)

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Sicherheit hat den Globalkredit von TCHF 3'516 mit TCHF 3'117 um TCHF 399 unterschritten. Dies ist vorallem auf höhere Busseneinnahmen (+ TCHF 150) und tiefere Personal- und Sachaufwand (- TCHF 200) zurückzuführen.

Die Zusammenführung der Leistungsgruppen Feuerwehr und Zivilschutz zur Leistungsgruppe Bevölkerungsschutz konnte 2012 erfolgreich abgeschlossen werden. 2012 ging es vor allem um die Konsolidierung der neuen Organisation und die Optimierung der internen Abläufe.

Auch die durch die Rechnungsprüfungskommission (RPK) erfolgte Revision des Geschäftsfeldes Sicherheit gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund entfällt ein separates Referat der RPK.

Die KöS und die RPK empfehlen dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Sicherheit zu genehmigen.

*Stefan Kern
Gemeinderat Uster*

Geschäftsfeld Publikumsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Marius Weder** und verliest den Bericht des ausgetretenen Gemeinderatsmitgliedes Stefan Kern.

Referat NPM-Jahresbericht 2012

Bericht der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KöS)

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Publikumsdienste hat den Globalkredit von TCHF 1'170 mit TCHF 1'118 um TCHF 52 unterschritten. Dies ist vor allem auf den geringer ausgefallenen Personalaufwand (infolge zweier mehrmonatigen Vakanzen) sowie durch die geringer ausgefallenen Ausgaben im Hundewesen (Verzicht auf budgetierte Anschaffung von Abfalleimern sowie Optimierung bei der Beschaffung von Hundekotbeuteln). Die personellen Vakanzen wurden im Gegensatz zum Vorjahr nicht vollumfänglich durch temporäre Arbeitskräfte ersetzt. Aufgrund des überdurchschnittlichen Anstiegs der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wurde per 1.1.2013 der Sollstellenplan bei der Leistungsgruppe Einwohnerdienst um 40 % und beim der Leistungsgruppe Zivilstandsamt um 20 % aufgestockt. Die Stellen sind inzwischen besetzt und tragen nun zur Reduktion der Arbeitsbelastung und grossen Rückstände/Pendenzen aus 2012 bei.

Im Geschäftsfeld Publikumsdienste konnte das Projekt „Registerharmonisierung“ gänzlich abgeschlossen werden.

In der Leistungsgruppe Zivilstandsamt konnte die korrekte Rückerfassung aller lebenden Personen im Personenstandsregister Infostar 2012 abgeschlossen werden.

Auch die durch die Rechnungsprüfungskommission (RPK) erfolgte Revision des Geschäftsfeldes Publikumsdienste gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund entfällt ein separates Referat der RPK.

Die KöS sowie die RPK empfehlen dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Publikumsdienste zu genehmigen.

*Stefan Kern
Gemeinderat Uster*

Geschäftsfeld Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Bea Mischol**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
Geschätzte Anwesende*

Im Geschäftsfeld Soziale Sicherheit wurde gut gearbeitet und die Leistungsziele eingehalten. Erfreulich ist, dass die Kosten nicht in dem erwarteten bzw. budgetierten Ausmass angestiegen sind.

Immerhin wurden rund Fr. 800'000.- nicht ausgegeben. Der Anstieg gegenüber den Ausgaben 2011 betrug lediglich Fr. 223'000.-.

Leider kann man von keinem Trend ausgehen, sondern nur von einem „gebremsten Wachstum“ der Ausgaben.

Die Anzahl der Neugesuche ist gesunken.

Der Zuwachs bei den IV-Bezügern ist jedoch eher gestiegen.

Ein Grund dafür dürfte sein, dass die Neuordnung der Pflegeversicherung nicht die erwarteten Auswirkungen hat.

Der Rückgang der Anzahl Bezügerfälle ist kein neuer Trend, es steigt zwar zurzeit nicht mehr so wie in den letzten Jahren, es stagniert.

Es hängt stark von den Zusprachen der IV-Renten ab. Bezügerfälle sind in der ganzen Schweiz eher zurück gegangen.

Die durchschnittlichen Kosten pro Fall bei Heimbewohnern und den Bezüger in eigenen Wohnungen sind zurückgegangen.

Die Heimbewohner und die Bezüger der eigenen Wohnungen, verfügen zurzeit über mehr eigene Mittel z.B. aus AHV, Pensionskassen usw.

Die Situation hat sich gegenüber früher grundlegend verändert.

Es konnte festgestellt werden, dass die Heimbewohner heute über mehr Einnahmen verfügen, wenn sie in ein Heim eintreten.

Die Schulheimfinanzierung ist für die Stadt Uster angestiegen. Früher wurde diese von der Schule übernommen.

Für 9 Fälle sind Fr. 137'000.-- aufgewendet worden. Für einen Heimplatz werden ca. Fr. 7000.- pro Monat ausgegeben.

Die Schule übernimmt Fr. 3'500 die andere Hälfte zahlt die Stadt Uster.

Reine Problemfälle, welche die Schule betrifft, übernimmt die Schule weiterhin.

Die Nebenkosten werden immer noch von den Eltern übernommen.

Bei den Kennzahlen Zusatzleistungen hat man die Auszahlungen Ergänzungsleistungen /Beihilfe allgemein zu hoch budgetiert.

Aufgrund des Erfahrungswertes hat man angenommen, dass es weiter in diesem Ausmass steigen wird. Es ist schwierig zu budgetieren auch aufgrund des Wechsels der neuen Gesetzgebung.

Familienergänzende Betreuung

Erfreulich ist, dass der Anteil der Eltern an den Gesamtkosten deutlich höher ausfallen. Der Aufwand der Stadt Uster ist deshalb tiefer aufgrund der deutlich höheren Kostendeckung der Eltern. In der LG (Leistungsgruppe) FEB sind trotz weniger Ausgaben eine wesentliche Verbesserung erzielt worden. Das Leistungsziel von 100% im 2015 zu erreichen ist auf Kurs.

In der Zeitung stand, dass die Kindertagesstätte „Arche Noah“ schliessen musste. Die Gründe für die Schliessung war, dass es dem Frauenverein nicht gelungen ist eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Die Stadt Uster verlangt von allen Kitas eine ausgeglichene Rechnung. Die Stadt Uster finanziert noch weitere 9 Krippen davon 1 Hort und 1 Tagesfamilienverein.

Aus der Arche Noah, die aus einem Hort und einer Krippe bestand, werden neu 2 Krippen. Ab August 2013 übernimmt die heutige Krippenleiterin die Kita, die dann privat in einer städtischen Liegenschaft eingemietet geführt wird und neu Chinderchram“ heisst. Sie ist keine FEB-Einrichtung mehr, sie kann aber wieder ins FEB-Modell eintreten, sofern sie das wünschen.

Durch den Beitritt der Kita „Seegarten“ ins FEB, sind die Kennzahlen bei den auswärtigen Kindern angestiegen. Die Kita „Seegarten“, hat viele auswärtige Kinder aus Volketswil und Greifensee.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Im letzten Jahr wurden die Strukturen der neuen KESB aufgebaut und für die Betriebsaufnahme vorbereitet.

Verschiedene arbeitsintensive Aufgaben vor allem im personellen Bereich und bei der Infrastruktur sowie vertragliche und finanzielle Bereiche mussten angepasst werden.

Sicherzustellen war auch die Übergabe der Fallakten von den Vormundschaftsbehörden der einzelnen Gemeinden.

Am 1. Januar 2013 hat die KESB ordnungsgemäss ihren Betrieb aufgenommen.

Die Leistungsgruppe Vormundschaftswesen wurde Ende Dezember 2012 aufgehoben.

Die Aufgaben hat seit dem Januar 2013 die KESB übernommen. Die Aufgaben der KESB werden in der LG Soziale Sicherheit der Abteilung Soziales wahrgenommen. Die Kostenbeteiligung der anderen Gemeinden wird nach dem Schlüssel der Einwohnerzahl gerechnet.

Wir werden spannend verfolgen, wie sich die KESB weiterentwickelt!

Die KSG empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes und aus der RPK gibt es auch keine Bemerkungen

*Für den Gemeinderat
Bea Mischol und Hans Keel*

Geschäftsfeld Gesundheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Hilda Schelldorfer**

NPM-Jahresbericht 2012 (Seiten N/1 – N/4)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Am 22. Mai 2013 trafen sich Gemeinderätin Hilda Schelldorfer (Subkommissionsmitglied Marco Järman entschuldigt) mit Stadträtin Esther Rickenbacher und Abteilungsleiter Claude Hunold. Anhand der vorgängig schriftlich eingereichten Fragen wurden uns bereitwillig und umfassend Auskünfte erteilt. Anderntags erhielten wir die schriftlichen Antworten und danken dafür.

GF Gesundheit

- *Der beanspruchte Globalkredit 2012 von TCHF 491 liegt genau auf der Höhe des Vorjahres. Dass dies trotz der anteiligen BVK-Rückstellung möglich war, wird mit geringeren Belastungen der Querschnittämter begründet. Der budgetierte Globalkredit von TCHF 544 wurde nicht ausgeschöpft. Auffallend ist, dass bei der seinerzeitigen Budgetierung der internen Verrechnungen offenbar von andern Grundlagen ausgegangen wurde, als bei der vorliegenden Abrechnung.*
-
- *Nach Erhalt des Bronzelabels "Gesundheitsstadt" im Mai 2012 wird an der Überprüfung der Voraussetzungen für die künftige Erreichung des Silberlabels gearbeitet.*
-
- *LG Abfall und Umwelt inkl. Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung*
-
- *Diese Leistungsgruppe wird zahlenmässig über die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung abgewickelt und schliesst im Berichtsjahr mit einem geringen Ertragsüberschuss von TCHF 47 (Vorjahr TCHF 791) ab. Damit erhöht sich der Bestand der Spezialfinanzierung per Ende Berichtsjahr leicht auf TCHF 3'268.*
-
- *Gegenüber dem Vorjahr stieg die Menge des gesammelten Grüngutes um 50 %, was erfolgreich war, aber bedeutend höhere Kosten zur Folge hatte. Der Wegfall der Grüngutgebühren ab 1.1.2012 führte zu Einnahmenausfällen von rund TCHF 300. Die jährlichen Gesamtkosten der Abfallbewirtschaftung werden mit Fr. 94 pro Einwohner ausgewiesen.*
-
- *Die budgetierten Investitionskosten von TCHF 100 für die Sanierung und Erweiterung der Hauptsammelstelle wurden infolge Verzögerungen bei der Planung nicht beansprucht. Der aktuell vom Stadtrat unterbreitete Antrag Nr. 170 rechnet für die Realisierung der neuen Hauptsammelstelle an der Dammstrasse mit Baukosten von 2,93 Mio. Franken zu Lasten der Spezialfinanzierung.*
-
-
- *LG Lebensmittelkontrolle*
-
- *Die Risikobewertungen gut und genügend der inspizierten Betriebe in Uster lagen über den Vorgaben der Gesundheitsdirektion. Erfreulicherweise setzte sich der Kostenrückgang dieser Leistungsgruppe auch aufgrund geringerer interner Belastungen fort und lag deutlich unter dem Budget 2012.*
-

– Antrag an den Gemeinderat

–

– Die KSG und auch die RPK haben den NPM-Jahresbericht 2012 des Geschäftsfeldes Gesundheit mit einem Globalkredit von TCHF 491 einstimmig angenommen und empfehlen dem Gemeinderat die Genehmigung.

–

–

– Für die KSG:

– Hilda Schelldorfer und Marco Järmann

–

Geschäftsfeld Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Peter Wüthrich**

NPM-Jahresbericht 2012

GF Betreutes Wohnen (Seiten O1 – O4)

Einleitung (Seite O1)

Die beiden strategisch wichtigen Projekte 'Altersstrategie' und 'Ausbildungsk Kooperation' haben sich unterschiedlich entwickelt. Während die Ausbildungskooperation bereits früher abgeschlossen werden konnte, brauchte die Altersstrategie etwas länger. Die Erarbeitung der Altersstrategie beinhaltete zwei gut organisierte Workshops, bei denen möglichst viele Organisationen, die sich mit dem Thema 'Alter' beschäftigen, eingeladen wurden, sich einzubringen, so dass die nun im Gemeinderat zu behandelnde Altersstrategie bereits breit abgestützt ist. Durch die Verlängerung hat die Altersstrategie aus unserer Sicht an Qualität gewonnen. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass die Anlauf- und Beratungsstelle Alter, als eine der erwähnten, konkreten Massnahmen bereits im laufenden Jahr geschaffen werden kann.

Finanzen (Seite O2)

Bezüglich Kosten müssen sich die Heime der Stadt Uster am Normdefizit messen, das jeweils vom Regierungsrat im letzten Quartal des laufenden Jahres bekanntgegeben wird. Während die Kosten im Jahre 2011 leicht unter dem Normdefizit lagen, liegen sie im Jahre 2012 leicht darüber. Als Treiber für dieses Resultat wurden das Projekt 'Einführung von BESA 4.0' und die Mehrkosten für Langzeit-Krankheitsabsenzen eruiert. Das Projekt konnte im 2012 abgeschlossen werden und die neusten Auswertungen der Kosten für die Langzeit-Krankheitsabsenzen zeigen eine abnehmende Tendenz.

Uns wurde glaubhaft nachgewiesen, dass die Ursachen der Langzeit-Krankheitsabsenzen einzeln bekannt sind und dass die betroffenen Menschen auf Grund der eingeführten Massnahmen von verschiedenen Personen begleitet werden.

Personal (Seiten O2)

In der LG Spitex musste der Stellenetat um einen Drittel aufgestockt werden, um die erforderlichen Leistungen erbringen zu können. Mit der Vorgabe 'Ambulant vor stationär' war ein Wachstum zu erwarten, doch überraschte die Grösse des Wachstums. Keine einfache Aufgabe, die hier bewältigt wurde. Bei der Wirkungsprüfung spürte man die Dynamik dieses Betriebs.

LG Heime Stadt Uster (Seite O3)

Indikatoren (Seite O3)

- *I06 – Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze*
Im Jahre 2012 belegte nur gerade 1 Person auf der Stufe 'Höhere Fachausbildung (HF)' im Validierungsverfahren einen Ausbildungsplatz. Die Erstellung des Konzepts zur Ausbildung von Pflegefachpersonen dieser Stufe ist im Jahr 2013 geplant, so dass die zahlenmässige Untervertretung nachvollziehbar ist.

LG Spitex (Seite O4)

Die Unterzeichnung des Administrativvertrags 'Spitex-Verband – Santésuisse' musste mehrfach verschoben werden. Die Vorbereitung der Umsetzung wurde bereits letztes Jahr begonnen und kann termingerecht per 01.01.2014 eingeführt werden.

Wirkungsprüfung

Dieses Jahr wurden die Indikatoren der LG Spitex der Wirkungsprüfung unterzogen. Sie konnte mit einem positiven Resultat abgeschlossen werden.

RPK

Die Belegprüfung des Geschäftfeldes wurde durchgeführt und hat zu keinen Beanstandungen geführt, so dass das RPK-Referat entfällt.

Fazit

Die Kommission beantragt dem Gemeinderat, den Bericht und die Rechnung 2012 des GF Betreutes Wohnen zur Abnahme.

Geschäftsfeld Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Gusti Hofmann**

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Die Rechnung im Geschäftsfeld Sport ist leicht unter dem Budget. Mit dem Personal-bestand von 20.4 Stellen ist man knapp über die Runden gekommen. Aber mit dem aktuellen Stellenplan sind die neuen Aufgaben und Anforderungen, welche das Personal zusätzlich noch erfüllen muss, nicht mehr zu bewältigen.

Um den Qualitätsansprüchen zu genügen müssen zum Teil im Zwei-Stunden Rhythmus Wasserproben entnommen und ausgewertet werden. Durchführung und Messergebnisse werden vom Kanton kontrolliert, der aber auch stichprobenweise selber Proben nimmt.

Der Kostendeckungsgrad im Hallenbad ist mit 64.14 praktisch gleich wie im Vorjahr obwohl es mehr Besucher gehabt hat. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine grössere Reparatur angefallen ist. Weil alles aus dem gleichen Topf bewirtschaftet wird, ist der Ertrag nicht höher ausgefallen. Auch die budgetierten Werbeeinnahmen sind ausgeblieben. Erst diesen Frühling konnten Werbeverträge mit bescheidenem Volumen abgeschlossen werden.

Der Kostendeckungsgrad Sporthalle ist 4% unter Budget, weil ein buchhalterischer Verrechnungsfehler aus dem Jahr 2011, der aber erst im Jahr 2012 entdeckt worden ist, dazu geführt hat, dass der Kostendeckungsgrad im Jahr 2011 zu hoch ausgewiesen worden ist.

Auch die durch die Rechnungsprüfungskommission erfolgte Revision hat zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben.

KBK und RPK empfehlen dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Sport zu genehmigen.

Gusti Hofmann

Balthasar Thalmann

Rechnung 2012, GF Sport – Meinung der SP-Fraktion

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Wir haben eine Bemerkung zum Ziel Z08 „Den Kostendeckungsgrad der Sportanlagen durch Werbung erhöhen“.

Dieses Ziel kam in den letzten Jahren nach einem jahrelangen hin und her zum Sportstätten-Sponsoring rein. Und es zeigt sich – es ist ein lächerliches, ja sogar höchst fragwürdiges Ziel.

Mit Werbung soll der Kostendeckungsgrad der Sportstätten um ein paar tausend Franken also um ca. 2% verbessert werden.

Und was ist der Preis dafür?

Die Gefahr, dass den Vereinen weniger Sponsorengelder zur Verfügung stehen, ist wohl nicht von der Hand zu weisen. Weshalb soll eine Firma, welche bereits Werbung in einer Sportstätte hat, in der Lage sein auch noch einen Verein zu sponsern? Die Stadtkasse soll also zulasten der Vereinskassen verbessert werden. Und handkehrum bezahlen wir an die Vereine im Rahmen der Jugendförderung Fr. 250'000.-/Jahr. Ist das nicht paradox?

Für diese Werbeaktion wird parktische jede Fläche zur Verfügung gestellt; sei es eine Rückenlehne eines Stuhls, den Boden des Kinderschwimmbeckens, eine Bande, der Föhn, die Fenster der Sporthalle oder gar die Aussenfassade des Dorfbads. Entschuldigung lieber Stadtrat – so geht das aber sicher nicht.

Wir können doch unsere Sportstätten nicht mit Werbung zupflastern. Und zwar so, wie es einem Privaten niemals bewilligt würde. Ich jedenfalls kann mir nicht vorstellen, dass ein 20x4m grosser Werbekleber an der preisgekrönten Sporthalle Buchholz überhaupt bewilligungsfähig ist. Aber das wird angeboten.

Die SP-Fraktion findet dieses Werbeziel im Grundsatz höchst fragwürdig und die Umsetzung macht uns in Bezug auf architektonisch-gestalterische und auf bewilligungstechnische Aspekte Bauchweh. Das einzig richtige, um uns der Gefahr der Lächerlichkeit zu entziehen, ist, dieses Ziel ersatzlos zu streichen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Geschäftsfeld Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Walter Strucken**

Bericht Geschäftsfeld Sozialhilfe Geschäftsbericht/Jahresrechnung 2012

Globalkredit

Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit **Fr. 8'135'000.-** nicht ausgeschöpft, Fr. 1'278'000.- weniger als budgetiert.

Die Kreditunterschreitung hat folgende Gründe:

1. Fr. 343'000.- GF Sozialhilfe

Es gab einen tieferen Betriebsbeitrag an das Jugendsekretariat und der Zweckverband Soziale Dienste zahlte ein früherer (aus den 90er Jahren) von der Stadt Uster für ein damals zu eröffnenden Wohnprojekt, da dieser nicht mehr gebraucht wurde und das Projekt inzwischen selbsttragend ist. Schliesslich konnten dem Projekt KESB mehr interne Verrechnungen gemacht werden als budgetiert.

2. Fr. 442'000.- LG Sozialberatung

Die Arbeitslosenquote der Stadt Uster lag im letzten Jahr konstant bei rund 3,5%. Der erwartete leichte Fallanstieg in der Sozialhilfe blieb aus und die Fallzahlen bewegten sich auf dem Niveau von 2011, entsprechend tiefer war der finanzielle Aufwand für die Sozialhilfe ausgefallen. Die Sozialhilfequote lag übrigens weiterhin bei sehr tiefen 1,3%.

3. Fr. 518'000.- LG Vormundschaftswesen

Das seit 1.4. 2012 gültige neue Jugendhilfegesetz sieht bedeutend höhere Ansätze für die Alimentenbevorschussung und für die Kleinkinderbetreuungsbeiträge vor. Der Regierungsrat hat aber die neuen Ansätze erst auf 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt, da die dazugehörige Verordnung erst dann fertig war.

Von 100 Personen, die sich für Sozialhilfe anmelden erhalten nur deren 25 schlussendlich Sozialhilfe!

Der Anteil der zugesprochenen Leistungen im Verhältnis zu den Anmeldungen ist im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 10 % gesunken. Gemäss dem entsprechenden Indikator I 01 war die Entwicklung der letzten Jahre immer deutlich unter dem Budgetwert von 55 %. Das heisst die Zuspreichungsquote war im Jahr 2012 noch nie so tief. Warum ist das so?

Es wird uns erläutert, dass die Leute zwar vermehrt informiert sind, dies aber offenbar eher oberflächlich. Hinter den 75 % der Leute, die keine Sozialhilfe zugesprochen erhalten steht ein recht grosser Aufwand. Es wird mit allen – wenn dann einmal alle verlangten Unterlagen bereit sind – ein ausführliches Gespräch geführt (bis zu 2 Std.pro Fall). Dieses Gespräch wird oft sehr hilfreich erlebt. Dies nicht nur für diejenigen, die dann Leistungen aus anderer Quelle zugut haben (Sozialversicherungen). Auch die übrigen erfahren oft hilfreiche Hinweise, wie sie ihre Lebenssituation verbessern können. Es gibt grob folgende Hauptgründe, weshalb es nicht zur Aufnahme in die Sozialhilfe kommt:

- *Es ist noch zu viel Vermögen vorhanden*
- *Es zeigt sich, dass die Personen Leistungen aus anderen Sozialversicherungen wie Ergänzungsleistung zur AHV/IV oder der Arbeitslosenversicherung zu gut haben*
- *Einige verzichten bewusst auf den kleinen Sozialhilfebetrag, auf den sie Anspruch hätten. Dies auch deshalb, weil sie sich den damit verbundenen Auflagen zur Veränderung der Lebenssituation nicht stellen wollen.*

Wirkungsprüfung

Bei der Wirkungsprüfung wurden in diesem Jahr die Indikatoren der LG Sozialberatung besprochen. Neu werden in dieser Leistungsgruppe nur noch Indikatoren verwendet, welche kompatibel sind mit der Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik.

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat dem Geschäftsfeld am 10. Juni 2013 einstimmig zugestimmt. Aus der RPK sind keine Bemerkungen zu berichten.

*Für die Subkommission Sozialhilfe (Werner Kessler und Walter Strucken)
Walter Strucken / 24. Juni 2013*

Geschäftsfeld Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Anita Borer**

Referat Rechnung 2012 – GF Primarschule

Am 15. Mai 2013 stellten die Vertreter der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) der Primarschule Uster ihre Fragen zur Rechnung 2012 des Geschäftsfeldes Primarschule.

Die Kosten für den Regelunterricht fielen mit rund CHF 20 Mio. um CHF 1.35 Mio. höher aus als budgetiert. Als Grund angeführt werden gebundene Kosten wie der Transport von Schülern, der seit Dezember 2011 nicht mehr vom Kanton bezahlt wird. 370'000.00 wurden versehentlich im Regelunterricht anstatt in den sonderpädagogischen Angeboten verbucht.

Bei den sonderpädagogischen Angeboten fiel die externe Schulung günstiger als budgetiert aus. In der Informatik wurden CHF 54'000.00 doppelt falsch gebucht. Bei richtig verlaufender Buchung würde die Budgetabweichung rund CHF 1'000.00 betragen.

10 Prozent der Investitionen wurden nicht ausgeschöpft. Angeführt wurden Projektverzögerungen beim SH Pünt, beim SH Krämerackers und beim SH Hasenbühl.

LG Regelunterricht

Der Anstieg der Mehrkosten von CHF 386.00 pro Kindergärtner bzw. Primarschüler ist darauf zurückzuführen, dass die von den Gemeinden zu bezahlenden Lehrerlöhne 2012 von 66.8 auf 80.0 Prozent erhöht wurden und die Lohnkosten aller Lehrpersonen infolge von ausserordentlichen Stufenanstiegen höher wurden.

2012 befanden sich 27 Kinder ausserhalb des Regelunterrichts, d.h. 23 in Sonderschulen und 4 in Heimen (nicht dazu gezählt: HPSU – 10 Kinder).

Die Übertritte ins Gymnasium sind um ca. 30 % und in der Sek. C um ca. 20 % gestiegen.

LG Zusatzangebote

Der Kostendeckungsgrad bei den Zusatzangeboten ist um 6 % gesunken, aufgrund hoher Kursmaterialkosten eines Angebots, welches aber nicht mehr weiterbesteht. Künftig soll ein höherer Kostendeckungsgrad von rund 43 % ausgewiesen werden können.

Künftig sollten die Zusatzangebote auch wieder besser besetzt werden können, da sie besser auf die Schulzeiten abgestimmt werden.

LG Tagesstrukturen

Aktuell beanspruchen 19 % der Schülerinnen und Schüler die Tagesstrukturen. Geändert hat sich das Tarifsysteem – seit dem Schuljahr 2011 / 2012 wird der Ferienhort separat in Rechnung gestellt und nicht zusammen mit dem allgemeinen Hortangebots.

LG Sonderpädagogische Angebote

Die Quote von separativen Sonderschulungen betrug im Schuljahr 2011/2012 = 2.01 %. Im laufenden Jahr ist die Quote leicht zurückgegangen. Mit dem neuen sonderpädagogischen Gesetz wird der Kanton von den Gemeinden auch die Schülerzahlen zu den integrativen Sonderschulungen erheben, so dass in Zukunft ein Vergleich möglich sein wird.

LG Heilpädagogische Schule Uster (HPSU)

Da die integrativen Sonderschulungen nicht mehr in der Verantwortung der HPSU erfolgen, ist der entsprechende Wert in der Rechnung tiefer ausgefallen. Da der Kanton zudem die Anzahl Wochenlektionen für IF vorgibt, wird die Anzahl Kinder sowie die durchschnittliche Verweildauer nicht mehr erfasst.

LG Schulliegenschaften

Frage nach dem Stand der Sanierungsmassnahmen SH Pünt und Innensanierung SH Hasenbühl:

SH Pünt: Projektierungskredit für die Sanierung der Haustechnik und der Fassade erarbeitet.

SH Hasenbühl: Baukredit für die Innensanierung der Garderobenanlage erarbeitet und genehmigt.

Marginal haben die Betriebskosten zugenommen. Der Ökostrom fiel teurer aus, was nicht budgetiert wurde und das Heizöl wurde 2012 teurer, als es 2011 noch war. Auch wurde ein Mehrverbrauch verzeichnet.

Die Rechnung des GF Primarschule wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt. Aus der Diskussion der RPK gibt es keine Bemerkungen. Das RPK-Referat entfällt aus diesem Grund.

Abstimmungen:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 32 : 0 Stimmen**

**Die NPM-Jahresberichte 2012 der Stadt Uster (Antrag Nr. 156/2013)
sind genehmigt.**

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 32 : 0 Stimmen**

**Die Jahresrechnung 2012 der Stadt Uster mit laufendener Rechnung,
Investitionsrechnung und Bilanz (Antrag Nr. 166/2013) ist genehmigt.**

**5 Postulat 573 von Jürg Gösken und Ursula Räuftlin betreffend
«Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen»**

Für die Postulanten referiert **Jürg Gösken**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende*

zwei positive aktuelle Entwicklungen wollte ich eigentlich schon vorweg nehmen: Erstens ist die Erneuerung des als an sich positiv genannten Beispiels Spielplatz Rebenweg seit Einreichung des Postulats inzwischen weit fortgeschritten - einen Zusammenhang vermute ich aber nicht.

Zweitens war das Geschäft schon Ende Mai traktandiert und die Eröffnung des Spielplatzes schien mir damals wegen des verspäteten Frühlings noch einigermaßen rechtzeitig machbar. Aber auch am letzten Samstag war der Spielplatz vor allem eine Baustelle und für Kinder noch immer nicht zumutbar.

So bleibt leider nur die dürftig positive Feststellung - es tut sich wenigstens langsam etwas.

Das andere Beispiel Spielplatz Stapfer hätte schon fast ein eigenes Postulat verdient, da dieser provisorischen Status ohne Ablaufdatum genieusst.

Im Postulat geht es aber vielmehr um eine Gesamtschau der Spielplätze, wie deren Zustand ist, was bereits geplant oder wieder nötig würde, sowie wie die Spielplätze noch besser zur Lebensqualität in den Quartieren beitragen können.

Zurzeit sind schon die Zuständigkeiten auf verschiedene Geschäftsfelder und Abteilungen verteilt und nicht immer leicht herauszufinden. Vorbildlich gibt es immerhin eine zentrale Website, wenn auch ziemlich versteckt und schon etwas angestaubt. Sofern die Karte darauf noch aktuell ist, gibt es zudem keinen einzigen öffentlichen Spielplatz im grossen Gebiet östlich der Pfäffikerstrasse und nördlich der Bahnlinie. Wenn dem so wäre, wäre gar die Schaffung weiterer Spielplätze zu prüfen.

Aber auch die bestehenden und teilweise auch gelungenen Spielplätze könnten alleine schon durch mehr Benutzerfreundlichkeit mehr zum Quartierleben beitragen. Warum ein Spielplatz sonntags bis 14 Uhr nicht genutzt werden darf, bleibt mir ein Rätsel und gilt es zum Beispiel auf 9 Uhr vorzuziehen. Aber auch zu enge Reglemente oder unnötige Einzäunungen gilt es zu überdenken.

Natürlich soll bei Schulanlagen nicht der Schulbetrieb leiden oder sich dubiose Gestalten auf Spielplätzen tummeln dürfen. - Aber belebte Spielplätze im Quartier, wo Eltern mit ihren Kindern etwas unternehmen können, sollten auch nicht unnötig erschwert werden. So heisst es zuweilen auf Verbotstafeln: "Unberechtigten ist das Betreten verboten" oder es muss eine lange Hausordnung gelesen werden, ob man jetzt tatsächlich berechtigt sei.

Eine gute Lösung wurde beim Schulhaus Pünt gefunden, wo der Spielplatz praktisch Teil des Stadtparks ist. Ganz so ideale Bedingungen lassen sich kaum überall finden oder einrichten. Jedoch liesse sich teilweise schon ohne grossen Aufwand durchaus das eine oder andere verbessern. - Ich danke.

Jürg Gösken

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat bereit ist. Er macht noch folgende Ausführungen: Eine formelle Bemerkung: Der Vorstoss ist als Postulat verfasst. Berichte über diese Themen wie umfassende Zustandsanalysen, sind nicht Gegenstand von Postulaten. Dies nur vorsichtshalber angemerkt, nicht dass es dann wieder ellenlange Debatten im Rat gibt, ob der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht hat. Eine inhaltliche Bemerkung: Die Webseite ist tatsächlich verstaubt, die Stadtverwaltung will das aktualisieren und der breiten Öffentlichkeit bekannt geben.

Christoph Keller

Hochgeachtete Frau Gemeinderatspräsidentin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Liebe Anwesende

Ursula und Jörg haben mit ihrem Anliegen recht. Es kann nicht sein, dass Spielplätze verwuchern und gar Gefahrenquellen für unsere jüngsten Einwohner darstellen. Gegenüber den Kleinen und ihren Eltern stellen Sie quasi die Visitenkarte der Stadt Uster dar. Und diese Visitenkarte kam ab und an eher schäbig daher. Der im Vorstoss der Grünliberalen geschilderte Spielplatz am Rebenweg war mir auch schon länger ein Dorn im Auge. So verfüge ich über eine Dependance am Mattenweg und habe beste Aussicht auf besagte Kinderspielstätte.

Doch wie Sie mich mittlerweile kennen, würde ich hier nicht stehen, wenn Friede, Freude Eierkuchen mit den dunkelgrünliberalen herrschen würde. So habe ich vor zirka eineinhalb Jahren, nach Nachfragen aus der Nachbarschaft am Rebenweg/ Mattenweg, direkt mit dem zuständigen Mitarbeiter für die Spielplätze per E-Mail Kontakt aufgenommen. Es interessierte mich ja auch, wie lange dieses Trauerspiel so weitergehen sollte. Und genau wie es die Ursula und der Jörg in Ihrem Anliegen formulierten, erhielt ich prompt Antwort mit dem Versprechen, dass spätestens im Frühjahr 2013 die Instandsetzung erfolgen werde.

Für alle, die nicht am Rebenweg wohnen:

Der Spielplatz wird saniert! Ich frage mich daher, weshalb die Grünliberalen denn noch eine parlamentarische Anfrage starten und uns 36 Gemeinderäte, die sieben Stadträte und Teile der Verwaltung bemühen, wenn doch eigentlich alles seinen richtigen Gang geht...

Nun ja, nächstes Jahr sind Wahlen und bilaterale Anfragen per E-Mail an die Verwaltung werden halt nicht durch die Medien an die Öffentlichkeit getragen. Da wir nun aber wissen, dass die Verwaltung und Instandsetzung der Spielplätze seinen richtigen, wenn auch vielleicht etwas langsamen Gang gehen, müssen wir dieses Anliegen nicht weiterunterstützen.

Matthias Bickel verliest das Referat vom abwesenden Marco Järmann.

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Die FDP/JFU Fraktion unterstützt das Postulat „Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen nicht“. Wie bereits von den Postulanten erwähnt kann man auf der Homepage www.spielplaetze-uster.ch alle Spielplätze, inklusive Schulspeilplätze, aufrufen. Dort werden neben der Öffnungszeiten, der Alterseignung auch die angebotenen Spielgeräte aufgeführt.

Zudem wird von den Postulanten aufgeführt, dass eine Diskriminierung gegenüber anderen Lärmquellen dem Auftrag nach benutzergerechten Spielanlagen widerspricht. Es ist doch nur fair, wenn nicht nur auf die Spielplatznutzer, sondern auch auf die Anwohner Rücksicht genommen wird. In einem Wohnblock z.B. gibt es auch Ruhezeiten.

Das genannte Beispiel Spielplatz Stapfer in Wermatswil, wird anders als von den Postulanten erwähnt gut genutzt und das von Eltern mit jungen Kindern, aber auch von älteren Kindern. Zudem werden die Öffnungszeiten von den Benutzern problemlos akzeptiert und eingehalten.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass mit der Homepage der Informationsbedarf gut gedeckt ist und auch die angestrebten Unterhaltsarbeiten ausreichen.

Marco Järmann

Gemeinderat FDP/JFU-Fraktion

Jürg Gösken ergreift nochmals das Wort. Stadtrat Thomas Kübler darf das Postulat gerne als Motion auffassen und entsprechend antworten. Die Intitanten wollten aber den Vorstoss bewusst als Postulat gestalten und damit alles offener halten. Gut wenn die verschiedenen Abteilungen zusammenarbeiten betreffend der Evaluierung der verschiedenen Spielplätze.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen.

5 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend «Die Stadt Uster entrichtet nachstehende kommunale Förderbeiträge für Elektrozweiräder» (Antrag Nr. 171/2013)

Der Einzelinitiant ist persönlich nicht anwesend.

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Thomas Eschler scheint noch einige Pfeile in Form von Einzelinitiativen in seinem Köcher zu haben. Zuweilen zielt er damit in die richtige Richtung. Aber zuweilen etwas zu kurz, wie das vorliegende Beispiel uns zeigt.

Untersuchungen der Universität Bern haben gezeigt, dass ein Drittel der Fahrten mit Elektrovelos sonst mit Autos oder Motorrädern zurückgelegt würden. Die E-Bikes leisten somit durchaus einen Beitrag zum Umweltschutz. Und würden somit – auf den ersten Blick – unsere Unterstützung verdienen.

Auf den zweiten Blick aber fragen wir Grüne uns, weshalb mit Elektrizität betriebene Elektrozweiräder gefördert werden sollen, während Besitzerinnen und Besitzer von noch umweltfreundlicheren Velos leer ausgehen? Weshalb eine Förderung mit der Giesskanne? Soll die Stadt tatsächlich einem trendbewussten Porschefahrer seinen Stromer-Flitzer mitfinanzieren? Wir Grünen verstehen auch nicht, weshalb der Besitz gefördert werden soll. Mobility macht es vor: Heute kauft man Fahrzeuge nicht mehr, sondern nutzt sie dann, wann man sie braucht.

Wir Grünen wünschen uns ebenfalls eine Förderung des Zweiradverkehrs – allerdings auf eine andere Art:

- Als erster Schritt erwarten wir von der Stadt, dass sie die in der Analyse zur „Velostadt Uster“ aufgeführten Mängel und Probleme für den Veloverkehr behebt und zwar möglichst zügig. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.*
- In einer zweiten Phase gilt es den Veloverkehr zu fördern. Denkbar ist beispielsweise ein modernes Fahrradverleihsystem wie in New York und Paris. Dann könnte man an den Stationen nebst Velos auch gleich Elektrozweiräder ausleihen.*

In diesem Sinn nutzen wir diese Einzelinitiative dazu, die Stadt daran zu erinnern, ihre schöne Analyse aus Jahr 2011 nicht verstauben zu lassen sondern mit deren Umsetzung vorwärts zu machen. Zum Nutzen aller. Die Einzelinitiative aber werden wir nicht unterstützen: Mit diesem Pfeil hat Thomas Eschler zu kurz gezielt.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
geschätzte Anwesende*

Es ist absolut richtig, dass Uster ideale topographischen Voraussetzungen für eine Velostadt aufweist. Das bestehende Radwegnetz in Uster ist allerdings eher ungenügend, unvollständig und nicht durchgehend klar signalisiert. Wir von der GLP/EVP-Fraktion haben hier im Rat wiederholt für die Entwicklung Usters zur Velostadt eingesetzt. Wir fordern, dass in Uster sichere und durchgehende Velorouten und attraktive Abstellplätze entstehen. Dies trägt in einem viel grösseren Umfang dazu bei, dass die Leute vermehrt aufs Velo umsteigen, als eine Verteilung von unsinnig viel Geld im Giesskannenprinzip. Geld für die Anschaffung von Elektrovelos, die dann im Idealfall mal für eine Sonntagsfahrt um den Greifensee genutzt werden, ansonsten aber neben dem Auto in der Garage stehen und Staub ansetzen.

Der Einsatz von Elektrovelos kann dann eine gute Sache sein, wenn damit tatsächlich Autofahrten ersetzt werden. In diesem Fall ist aber bereits der Verzicht auf den Besitz eines Autos und die damit verbundene Einsparung von mehreren Hundert Franken pro Monat Anreiz genug.

Die GLP/EVP/CVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss entschieden ab.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Lucia Thaler

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Die SP teilt die Ziele, die in der vorliegenden Einzelinitiative zur Begründung der Forderung nach Förderbeiträgen für Elektrovelos genannt werden: Der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sollen gesenkt werden und der Verkehr in Uster soll beruhigt werden.

Bezüglich den Mitteln, wie diese Ziele erreicht werden sollen, sind wir aber ganz anderer Ansicht als der Initiant. Damit möglichst viele Ustermer aufs Velo als Verkehrsmittel umsteigen, braucht es ein durchgängiges und sicheres Velowegnetz sowie genügend Veloabstellplätze in der ganzen Stadt, wie schon die beiden ehemaligen SP-Gemeinderäte Peter Grob und Maja Burger im Jahr 2009 in einem Postulat gefordert hatten.

Die Forderung der Einzelinitiative nach Subventionen für Elektrovelos inklusiv Strom halten wir dagegen für wenig sinn- und wirkungsvoll. Betrachten wir die Einzelinitiative anhand von Kriterien zur Beurteilung von Umweltpolitiken, ergibt sich folgendes Bild:

- Effizienz: wie wahrscheinlich es ist, dass die Massnahme zur Erreichung des Ziels führt. Die Elektroveloförderung führt wohl kaum merklich zur Senkung des Energieverbrauchs. Möglicherweise würden sogar Velofahrer aufs Elektrovelo umsteigen, was sogar eine Erhöhung des Energieverbrauchs zur Folge hätte.*
- Kosteneffizienz: wie wahrscheinlich es ist, dass die Massnahme mit den geringst möglichen Kosten zur Erreichung des Ziels führt. Wir sind der Meinung, dass mit dem Geld mehr bewirkt werden kann, wenn es stattdessen in andere Massnahmen wie die Verbesserung des Velowegnetzes investiert wird.*

- *Verteilungsgerechtigkeit: ob die Massnahme eher Armen oder Reichen zugute kommt. Da sich ärmere Leute auch mit Förderbeiträgen kaum ein Elektrovelo leisten können, kommt das Geld der Förderbeiträge hauptsächlich den bereits Privilegierten zu.*
- *Das letzte Kriterium, die politische Akzeptanz, wird der Gemeinderat heute beurteilen. Wir von der SP-Fraktion jedenfalls werden die Einzelinitiative nicht unterstützen.*

Die Beurteilung anhand der Kriterien hat gezeigt, dass die Einzelinitiative wenig durchdacht ist und kaum etwas zur Erreichung der Ziele beitragen könnte. Wir setzen daher auf sinnvollere Massnahmen im Umwelt- und Verkehrsbereich wie die eingangs erwähnte Verbesserung des Velowegnetzes.

Lucia Thaler

Ruedi Locher

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ihre Initiative würde bewirken, dass Elektrovelos den normalen Velos mit Pedalen offiziell sogar besser gestellt würden. Diese Velos sollen dann das Energieziel 2050 mittragen. Kein einziges dieser Velos, auch von teureren, wird das Jahr 2050 überhaupt erleben. Diese wären ja dannzumal fast 40 Jahre alt.

Den Berufsverkehr, das Gewerbe, die Bauindustrie, Druchgangsverkehr haben Sie wohlwissend nicht erwähnt.

Sie verlangen nur eine einfache Kaufquittung, vom Velogeschäft, vom Nachbarn oder vom Onkel ist auch in Ordnung. Es scheint eine effiziente und höchst unbürokratische Abrechnungsidee.

Nun kommt mir gerade in den Sinn, dass mein Göttibueb aus dem Jura und meine Tante im Elsass sich auch so ein E-Bikes wünschen. Irgendein Ustermer wird sicher seinen 100.- Franken-Gutschein einlösen wollen, und schon habe ich Fr. 200.- einkassiert. Positiv daran wäre, dass die Stadt Uster, bei jedem Velokauf noch mehr Energie spart, und es geht ja noch weiter, Uster rückt jedes Mals dem Energielabel einen Schritt näher. So sparen selbst Auswärtige im Jura und im Elsass für Uster Energie. Uster würde, statistisch belegt, zur schweizerischen Vorzeige-Energie-Sparstadt mit 33'000 E-Bikes, bei der aktuellen Einwohnerzahl.

Die Kosten allerdings für die ersten 10 Jahren sind 3,3 Mio, hochgerechnet per 2050 wären es bereits ca. 15 Millionen an Förderbeiträgen, nur für E-Velos. Da hätten wir wahrlich viel Energie gespart.

Haben Sie, Herr Eschler, sich das auch so gedacht und so ausgerechnet?

Und was möchten Sie, Herr Eschler, denen geben, welche zu Fuss oder mit dem Trottinett zum Bahnhof gehen?

Solche Vorstösse lehnen wir ab.

Für die FDP/JFU Fraktion

Rudolf Locher

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative ist die Zustimmung von 12 Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich (Art. 11 Abs. 3 GO).

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 0 Stimmen

die Einzelinitiative zu unterstützen. Sie ist damit erledigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 2. September 2013 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmenzähler
Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo